

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d



Inhalt

Gert Weisskirchen MdB, Mit-
initiator des Briefes einer
Gruppe von SPD-Abgeord-
neten an den Generalsekre-
tär der KPdSU, bewertet die
Antwort von Juri Andropow:
Ermutigende Vorschläge.

Seite 1

Karl Weinhofer MdB, Mit-
glied im Ausschuß für Ar-
beit und Sozialordnung des
Deutschen Bundestages,
setzt sich mit Blüms Ideen
zu einer Vorruhestandsre-
gelung auseinander: Der
Herr Minister hat kein Kon-
zept.

Seite 3

Armin Clauss MdL, Hessi-
scher Sozialminister,
stellt die hessische Bun-
desratsinitiative gegen
Tierversuche vor: Schika-
nen beenden.

Seite 5

Horst Isola setzt sich in
Hinblick auf die Herbst-
aktionen der Friedensbewe-
gung mit dem "Gewalt"-Be-
griff auseinander: Hohe
Verantwortung für die
Justiz.

Seite 7

Dokumentation

Die Antwort des General-
sekretärs der KPdSU, Juri
Andropow, auf den Brief
einer Gruppe von SPD-
Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

38. Jahrgang / 181

21. September 1983

Die Antwort aus Moskau

Neue Vorschläge, die als Ermutigung nach vorne weisen

Von Gert Weisskirchen MdB
Mitinitiator eines Briefes von SPD-Parlamentariern an KPdSU-
Generalsekretär Juri Andropow

Ein Scheitern der Genfer Verhandlungen über die Mittel-
streckenraketenproblematik in Europa muß befürchtet werden.
Uns Deutschen in beiden deutschen Republiken droht der
Rückfall in den Kalten Krieg. Die Kette von Nachrüstung
und bereits angedrohter Nach-Nachrüstung wird nicht durch-
brochen, der Rüstungswettlauf verschärft. Eine Vereisung
des Entspannungsprozesses scheint unausweichlich. Weil der
Kurs der Supermächte als unberechenbar empfunden wird,
haben eine Gruppe von SPD-Mitgliedern aus der Mitte der
Bundestagsfraktion Anfang Juli an die Spitzen des US-Senats
und des US-Kongresses sowie des Obersten Sowjets einen
Appell gerichtet, in Genf einen Durchbruch zur wirklichen
Abrüstung zu erzielen, damit SS 20 substantiell reduziert
werden und auf die Dislozierung neuer US-Raketen auf unserem
Boden verzichtet wird. Aus den USA erfolgte leider bis heu-
te noch keine Reaktion. Die nunmehr erfolgte Antwort des
Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Generalsekretär Andropow,
weist mindestens zwei neue Vorschläge auf, die als Er-
mutigung nach vorne weisen.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Kindergarten
und Familienkassen
Bonn-Post



1. Das Angebot eines allgemeinen Teststopps aller nuklearen Systeme, für neue Munition sowie für neue Träger.
2. Die Präzisierung, daß die Zerstörung von SS 20 nicht auf den europäischen Teil der Sowjetunion begrenzt bleibt, sondern auch den asiatischen Teil umfaßt.

Darüber hinaus zeigt der Brief eine Fülle von zusätzlichen Anregungen auf, die ernsthaft geprüft werden müssen. Es liegt im deutschen Interesse, diese Angebote konstruktiv aufzunehmen und in eigene Vorschläge einzuarbeiten. Wer jetzt die kalten Schultern zeigt, der muß sich vorwerfen lassen, daß er Genf scheitern lassen will.

Die bisher erkennbare Reaktion der Bundesregierung schwankt zwischen Hilflosigkeit und Ablehnung. Leider gibt es in der Presse Kommentatoren, die die parteitaktische Bewertung dieses Briefes über die Sorge und den Frieden stellen. Notwendig wäre jetzt, vorbehaltlos die Angebote dieses Briefes zu prüfen und dafür zu sorgen, daß der allgemeine Entspannungsprozeß nicht abgebrochen wird. Zu einer solchen vorbehaltlosen Prüfung muß die Bundesregierung nachdrücklich aufgefordert werden. (-/21.9.1983/bgy/rs)

+ + +

(Hinweis: Den Wortlaut des Andropow-Briefes veröffentlichen wir in dieser Ausgabe als Dokumentation)



Herr Blüm hat kein Konzept

Der Arbeitsminister macht leere Versprechungen für eine Vorruhestandsregelung

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Wofür gibt es einen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung? Man sollte meinen, daß er dazu da ist, arbeits- und sozialpolitische Strategien zu entwickeln, diese in die Form von Gesetzentwürfen zu gießen und dem Parlament zur Beratung vorzulegen. Aber Norbert Blüm hat keine Konzepte. Das Vordenken besorgen andere. Lamsdorff, Albrecht, George bestimmen, welche Musik gespielt werden darf. Und Herr Blüm hängt sein Fähnchen in den Wind, hoffend, daß es endlich einmal nur aus einer Richtung bläst. Dann bezieht er Stellung, plustert sich auf und läßt einen gewaltigen Theaterdonner los. Die anschließende Bauchlandung bescheren ihm dann die eigenen Freunde aus der Koalition.

Aber einfach hat er es in seinem Fach auch nicht. Hält er es heute mal mehr mit den Gewerkschaften, fällt morgen der CDU-Wirtschaftsrat über ihn her - und umgekehrt. So verwundert es nicht, daß in vielen Fällen Fragen, die in seine Zuständigkeit fallen, ohne seine Beteiligung diskutiert werden. So mußte er sich erst dazu auffordern lassen, sich von Albrechts Thesen zu distanzieren, obwohl ihm darin Nichtstun und Inkompetenz in Sachen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bescheinigt wird.

In den Beratungen des Gesetzentwurfs für eine Vorruhestandsregelung, den die SPD-Fraktion bereits zum zweiten Mal eingebracht hat (den zugrundeliegenden Döding-Plan gibts natürlich schon viel länger), hatte er nichts als unverbindliche Allgemeinplätze parat. Es grenzt schon an eine Verhöhnung des Parlaments, wenn der Herr Arbeitsminister am darauffolgenden Wochenende im neuen amtlichen Bundesanzeiger "Bild am Sonntag" seine eigenen Pläne für eine Vorruhestandsregelung verkündet und erläutert. Anstatt die Beratungen im Deutschen Bundestag zum Anlaß zu nehmen, konkrete Vorstellungen und Änderungsvorschläge einzubringen, präsentiert er sich lieber in diesem Boulevardblatt als vermeintlicher Vordenker.

Die Ergebnisse dieses Denkprozesses sind allerdings äußerst mager. Die flexible Altersgrenze soll auf 58 Jahre gesenkt werden, gleichzeitig soll über 65 Jahre hinaus gearbeitet werden dürfen. Unkonkret, wie es bei Blüm immer zugeht, legt er sich noch nicht auf die FDP-Position des versicherungsmathematischen Abschlags bei der Rentenzahlung fest, sondern orakelt nur, eine kürzere Lebensarbeitszeit müsse auch eine geringere Rente bedeuten. Sprich: die Arbeitnehmer sollen selbst die Zeche zahlen. In der Wirklichkeit wird dieses famose Konzept dann so aussehen: Arbeitnehmer mit hoher Rentenerwartung werden es sich leisten können, früh in Rente zu gehen. Alle diejenigen, die nur eine kleine Rente zu erwarten haben (in der übergroßen Mehrzahl Frauen), dürfen dafür über das 65. Lebensjahr hinaus arbeiten. So sieht soziale Gerechtigkeit nach Art des Hauses Blüm aus.

Bei einer solchen Regelung ist ein positiver beschäftigungspolitischer Effekt überhaupt nicht abzusehen. Niemand kann garantieren, daß so freiwerdende Arbeitsplätze



auch neu besetzt werden. Ganz anders dagegen der SPD-Gesetzentwurf: Staatliche Leistungen werden hier nur gewährt, wenn der Nachweis der Neubesetzung erbracht wird!

Aber es geht Blüm ja gar nicht um einen aktiven Beitrag zur Beschäftigungspolitik. Ziel seines Vorschlags ist es vielmehr, mit der Ermöglichung der Verkürzung der Lebensarbeitszeit dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche einen Riegel vorzuschieben. Diese Strategie hat er in der Debatte um die Tarifrrente noch einmal unüberhörbar verkündet. Einen solchen Schwindel werden wir Sozialdemokraten nicht mitmachen. Für uns ist es wichtig, auf allen Ebenen Maßnahmen zu ergreifen, die dazu beitragen, die vorhandene Arbeit besser auf alle zu verteilen. Dazu gehört als unverzichtbarer Bestandteil die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Aber noch nicht einmal dieses saure Bonbon für die Gewerkschaften (ein bißchen Lebensarbeitszeitverkürzung, dafür Verzicht auf die 35-Stunden-Woche) wird ihm erlaubt. Herr Esser von den Arbeitgeberverbänden lehnt diese Pläne Blüms schlicht ab. Außer über versicherungsmathematische Abschläge läuft von dieser Seite aus nichts. Und aus den Ministerien für Wirtschaft und Finanzen wird Blüm endgültig zurückgepfiffen. Dort weiß man von nichts, es ist auch gar nichts abgesprochen, die Regelung darf den Staat nichts kosten und geht deshalb nicht.

Blüm ist nicht nur ein Minister ohne Konzepte, er ist auch einer ohne Portemonnaie. Die Entscheidungen treffen sowieso andere. Eine Frage muß erlaubt sein: Wie oft kann ein Minister es sich gefallen lassen, derartig vorgeführt zu werden, bis er zurücktritt?
(-/21.9.1983/ks/rs)

+ + +



Neues Tierschutzgesetz ist überreif

Hessen-Initiative fordert wirksame Schutzbestimmungen

Von Armin Clauss MdL

Hessischer Sozialminister

Immer mehr Bürger engagieren sich für den Tierschutz, wirken in Organisationen mit, ziehen lautstark gegen Mißstände zu Feld und drängen auf bessere gesetzliche Regelungen zum Schutz unserer Tiere. Diese Entwicklung kommt nicht zufällig. Sie ist die notwendige Antwort auf eine Fehlentwicklung unserer Gesellschaft in den letzten drei Jahrzehnten. Ein Bewußtsein, das wirtschaftliches Wachstum zum Maß aller Dinge macht, übergeht großzügig die sozialen Folgeschäden und die sich daraus ergebenden Leiden für Mensch und Tier. Eine Gesellschaft, die glaubt, sich alles leisten zu dürfen, fragt nicht lange nach den Opfern ihres Konsums. Wen wundert es da, daß der Umgang mit dem Tier vor allem von kommerziellen Aspekten geprägt wurde, daß Gedankenlosigkeit die ethische Verantwortung gegenüber dem Tier ersetzte.

Deshalb freue ich mich, daß jetzt in der Öffentlichkeit eine intensive Diskussion über den ethischen und rechtlichen Stellenwert des Tierschutzes in Gang gekommen ist. Sie gibt die Chance, den Tierschutz ganz konkret zu verbessern. Das Verhältnis unserer Gesellschaft zum Tier muß neudefiniert werden, das heißt, den Sonntagsreden über den Respekt des Menschen vor der Kreatur müssen nun auch Taten folgen. Das geht sicher nicht ohne Opfer und Einschränkungen ab, ob es sich nun um die drastische Beschränkung der Tierversuche handelt, das Abstellen von Mißständen im Tierhandel, oder das Verhindern von Fehlentwicklungen in der Massentierhaltung und in der Tierzucht.

Der hessische Landtag hat dazu am Dienstagabend ein Gesetz beschlossen, das jetzt in eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des Tierschutzgesetzes münden wird. Hessen hat sich zu dieser Initiative entschlossen, weil das zuständige Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten es seit Jahren verstanden hat, alle tiefer greifenden Reformansätze zu verhindern. Der neue Landwirtschaftsminister Kiechle hat sich hier voll in die Tradition seines Amtsvorgängers Ertl gestellt. Sein vor wenigen Wochen vorgelegter Referentenentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes kommt über Halbheiten nicht hinaus, geht den eigentlichen Problemen aus dem Weg und ist als Beratungsgrundlage für eine Reform untauglich. Auch der ständig in Bonn zu hörende Hinweis auf die Brüsseler Vorgaben der EG ist kein Alibi für eigene Untätigkeit.

Auch an Sachverstand und fundierten Erkenntnissen herrscht kein Mangel. Die Tierschutzorganisationen und zuletzt der renommierte Bonner Arbeitskreis für Tierschutzrecht haben umfangreiche Vorschläge für Gesetzesänderungen gemacht, auf die das Land Hessen bei seiner Initiative zurückgegriffen hat. Der Bundesregierung bleibt daher die Auseinandersetzung nicht erspart, sie wird sich den Forderungen der Tierschützer stellen müssen.

Angesprochen sind vor allem die Bereiche Tierversuche, Tierhandel, Tierhaltung und Tierzucht. Hier bedarf es neuer gesetzlicher Regelungen, damit die erkannten Mißstände so schnell wie möglich behoben werden. Ich will am Beispiel des hessischen Entwurfs zur Änderung des Tierschutzgesetzes auf einige der wichtigsten Probleme eingehen.

Ein zentrales Anliegen aller Tierschützer ist die drastische Beschränkung der Tierversuche. Meines Erachtens sind hier noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft und alle neuen Wege gegangen worden. Der ungeheure Verschleiß an Tieren in der Industrie, in Wissenschaft, Forschung und Ausbildung (allein in Hessen sind es jährlich 1,2 Millionen Tiere) zwingt dazu, neue Maßstäbe für die Genehmigung von Tierversuchen anzulegen. In dieser Feststellung liegt nicht nur Kritik an den Verantwortlichen in Wirtschaft und Forschung, die sich der Gretchenfrage des Umgangs mit dem Tier bisher weitgehend entzogen haben. Kritisch müssen wir uns auch mit den von uns selbst bisher und bisher mitgetragenen Anforderungen an die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Produkten auseinandersetzen, die Tierversuche in großem Ausmaß notwendig machen. Damit kein Irrtum entsteht: auch ich will keine Abstriche beim Verbraucherschutz. Aber es ist zu fragen, ob mit den Tierversuchen oftmals nicht nur ein Sicherheitsritual mit zweifelhaftem wissenschaftlichen Aussagewert abgewickelt wird und ob es nicht andere alternative Untersuchungsmethoden gibt, die Tierversuche ersetzen können.

Tierschützer berichten immer wieder von einer Tierversuchs-Lobby in Industrie, Forschung und Behörden, die bisher erfolgreich eine umfangreichere Erforschung des Bereichs alternativer Methoden verhindert habe, weil sie um die Auslastung der eigenen Kapazitäten bange. Ich will diese Deutung so nicht übernehmen, gewinne aber zunehmend den Eindruck, daß die Gegner einer massiven Einschränkung der Tierversuche in den betroffenen Instituten nicht nur ausschließlich wissenschaftlich argumentieren. Insbesondere unter dem werbewirksamen Motto "Verteidigung der Freiheit von Forschung und Lehre" wird immer wieder versucht, jeden alternativen Denkansatz zu diskriminieren und auch jede ernsthafte Diskussion über das Für und Wider von Tierversuchen im konkreten Fall abzublocken. Darauf sollten wir künftig keine Rücksicht mehr nehmen, auch Wissenschaft und Forschung müssen sich der öffentlichen Diskussion stellen.

Der hessische Vorstoß orientiert sich denn auch folgerichtig an den Notwendigkeiten. So sollen Tierversuche nur noch genehmigt werden, wenn sie zur Gesundheit von Mensch und Tier und für andere wichtige wissenschaftliche Zwecke durchgeführt werden. Tierversuche zur Erprobung kosmetischer Produkte und Tabakerzeugnisse sind danach nicht mehr statthaft. Der letzte Punkt bedarf der Erläuterung. Der kosmetischen Industrie steht eine sehr große Zahl an Grundsubstanzen für ihre Produkte zur Verfügung. Ich vermag nicht einzusehen, daß zur Entwicklung weiterer zusätzlicher Kosmetika im Dienst der Tagesmode Tiere in ausgedehnten Versuchen eingesetzt und schließlich getötet werden. Hier sind wir genau an dem Punkt angelangt, wo wir uns fragen müssen, ob wir als Menschen unserer ethischen Verantwortung gegenüber der Kreatur gerecht werden, wo wir die Grenze ziehen.

Das zentrale Thema Tierversuche soll die anderen reglungsbedürftigen Probleme nicht in den Hintergrund rücken. Was uns alle bedrückt, sind die Fehlentwicklungen in der Nutztierhaltung. Als Beispiel sei hier die tierschutzwidrige Batteriehaltung von Legehennen genannt. Das bisherige Tierschutzgesetz enthielt eine Vollmacht für den Bund zum Erlaß einer Rechtsverordnung. Zehn Jahre lang hat der Bund davon keinen Gebrauch gemacht. Der hessische Entwurf ersetzt diese Vollmacht durch einen bindenden Gesetzesauftrag zur Regelung dieser Materie. Hier muß so schnell wie möglich etwas geschehen.

Aus der Fülle der Vorschriften will ich noch zwei Bereiche herausgreifen, den Tierhandel und die Tierzucht. Für den gewerbsmäßigen Tierhandel, für Tierzüchter (Landwirte ausgenommen), Unternehmer von Reit- und Fahrbetrieben sowie Tierschausteller wird eine Erlaubnispflicht eingeführt, die mit dem Nachweis der Sachkunde und Zuverlässigkeit verbunden ist. Der Handel mit Affen, Raubkatzen, Hunden, Katzen und Versuchstieren wird durch entsprechende Auflagen beschränkt. Mit diesen Regelungen soll den schlimmen Mißständen auf diesem Gebiet endlich ein Ende bereitet werden. Es ist ein Widerspruch und Anachronismus sondergleichen, daß wir heute für einfachste Tätigkeiten und Berufsausübungen Zertifikate und Prüfungen abfordern, zugleich aber jedermann ohne geringste Kenntnisse erlauben einen Tierhandel zu eröffnen oder Veranstaltungen mit Tieren durchzuführen. Die seriösen Händler und Veranstalter werden diesen Vorstoß sicher begrüßen, weil einzelne spektakuläre Vorfälle bisher immer der gesamten Branche angelastet wurden.

Im Bereich der Tierzucht ist vorgesehen, daß Heim- und Nutztiere künftig nicht mehr aus kommerziellen Gründen durch Manipulation des Züchters so verändert werden, daß dadurch Muttertiere und Nachzucht beeinträchtigt werden. Anders ausgedrückt: wir wollen die Qualzuchtungen verbieten und damit verhindern, daß auch weiterhin aus rein sportivem oder züchterischen Interesse heraus Tiere entstehen, die ohne Hilfe kaum noch lebensfähig sind beziehungsweise unter ihren körperlichen Benachteiligungen leiden müssen. Schließlich soll das Kupieren der Ohren und Ruten von Hunden aus modischen Gründen untersagt werden.

Es läßt sich unschwer vorhersagen, daß die zitierten Vorschläge der hessischen Initiative sowie zahlreiche weitere Überlegungen des Entwurfs auf heftige Kritik bei den Betroffenen stoßen werden. Erste Reaktionen liegen bereits vor. Ich bin jedoch der Auffassung, daß wir uns dieser Diskussion nicht entziehen dürfen, sondern mit aller Kraft versuchen sollten, einen neuen Anfang zu machen. Auch ich gehe davon aus, daß am Ende ein Kompromiß zwischen dem Wünschbaren und Machbaren stehen wird. Auch ich weiß, daß derzeit nicht generell auf alle Tierversuche verzichtet werden kann, aber ich bin fest davon überzeugt, daß die Zeit für ein besseres Tierschutzgesetz überreif ist. Das außerordentlich positive Echo aus der Bevölkerung auf die hessische Tierschutzinitiative ermutigt, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

(-/21.9.1983/ks/rs)

Die Justiz trägt hohe Verantwortung

Anmerkungen zum "Gewalt"-Begriff bei den Herbstaktionen

Von Horst Isola

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Juristen (AsJ)

•

Die unbegrenzte Ausdehnung des Tatbestandsmerkmals "Gewalt" durch Gerichte kann womöglich dazu führen, daß Demonstranten ihre Selbstbeschränkung, das heißt auf Gewalt zu verzichten, aufgeben. Wenn die Gerichte den Gewaltbegriff undifferenziert anwenden und keine Unterscheidung zwischen auf der Straße sitzenden Demonstranten und Steine werfenden Straftätern vollziehen, muß sich die Justiz darüber im Klaren sein, daß sie dazu beiträgt, daß Demonstranten gleichgültig werden in der Wahl und Bewertung ihrer Protestmittel. Dies kann sehr schnell dazu führen, daß demonstrierende Bürger keinen Anlaß mehr sehen, ihrerseits zwischen eindeutig aggressivem Handeln oder bloßem lästigem oder hinderlichen Auftreten zu unterscheiden.

Die Teilnehmer an Sitzblockaden oder Ankettungsaktionen vermögen zu Recht nicht einzusehen, weshalb ihre Handlung als "Gewalt" und "Nötigung" kriminalisiert wird, während die Anhäufung von Atomwaffen sowie die Planung einer Kriegsführung seitens der USA auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland nicht als Gewalt bezeichnet wird.

Ziel der Demonstrationen im Herbst ist es, über eine Politik aufzuklären, die die Vernichtung des Grundrechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit für die bundesdeutsche Bevölkerung in Kauf nimmt. Durch Blockaden von Militäreinrichtungen soll sichtbar gemacht werden, welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Vorbereitung sind. Insofern stellen gewaltfreie Blockaden eine Meinungsäußerung im Sinne der Grundrechte von Artikel 5 und 8 Grundgesetz (GG) dar.

Wir haben es dabei mit einer Verknüpfung von mehreren Grundrechten zu tun. Die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verbinden sich mit dem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und verstärken sich auf diese Weise gegenseitig. Diese verfassungsrechtliche Situation wird zur Folge haben müssen, daß die etwaige Verletzung niederrangigen Rechts (Strafgesetzbuch, Straßenverkehrsordnung und so weiter) im Lichte der Wahrnehmung dieser Grundrechte als nicht relevant betrachtet werden muß.

(-/21.9.1983/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

KPdSU-Generalsekretär Andropow antwortet SPD-Abgeordneten

Der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Semjonow, hat am Donnerstag in Bonn den SPD-Bundestagsabgeordneten Lieselott Blunck und Gert Weiskirchen stellvertretend für 55 weitere Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion ein fünfseitiges Antwortschreiben des Generalsekretärs der KPdSU, Juri Andropow, auf ihren Brief vom Juli dieses Jahres überreicht. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Herren Abgeordnete,

Die Abgeordneten des Obersten Sowjets der UdSSR teilen genauso wie alle Sowjetmenschen die in Ihrem Schreiben geäußerte Besorgnis über das zunehmende Wettüsten und über den fehlenden Fortschritt auf den Verhandlungen, die dazu berufen sind, dieses Wettüsten nicht nur aufzuhalten, sondern auch auf Reduzierungen der Rüstungen, vor allem der nuklearen, hinzuwirken.

Nach unserer tiefen Überzeugung stehen die jetzigen Geschehnisse in direktem Widerspruch zu den Grundinteressen und Bestrebungen der Völker Europas und der ganzen Welt. Die Schuld dafür trifft diejenigen, die auf Destabilisierung der internationalen Beziehungen gesetzt haben, auf Erlangung der militärischen Überlegenheit gegenüber den sozialistischen und zugleich auch allen anderen Ländern.

Die Geschichte hat derartige Pläne und Bestrebungen schon mehrmals durchkreuzt. Wir sind sicher, daß es auch diesmal der Fall sein wird. Dazu ist aber aktivstes und entschlossenstes Handeln erforderlich, um den gefährlichen Gang der Ereignisse umzubrechen, die nukleare Gefahr von der Menschheit abzuwenden, auf den gegenwärtig geführten Abrüstungsverhandlungen eine Wende herbeizuführen.

Die Welt braucht keine Aufstockung der Arsenale von todbringenden Rüstungen. Sie braucht deren radikale Reduzierung und Verwendung der freiwerdenden Mittel für dringende Bedürfnisse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Dies ist die feste Überzeugung der Sowjetunion. Dies ist der Standpunkt aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. Das ist die Antwort auf die zentrale Frage Ihres Schreibens. Die Sowjetunion tut alles dafür, um ein Abrutschen zur nuklearen Katastrophe aufzuhalten.

Sie ist zur breiten Zusammenarbeit mit allen Staaten in dieser Schlüsselfrage für die Zukunft der Menschheit bereit.

Sie treten an uns mit der Aufforderung heran, jegliches nukleares Aufrüsten zu beenden, alle Nuklearwaffenpotentiale einzufrieren, die Anzahl der sowjetischen SS-20-Raketen zu reduzieren, falls die USA auf Stationierung der Marschflugkörper und Pershing-2-Raketen in Europa verzichten werden.

Indem die Sowjetunion diese Forderungen völlig teilt und unterstützt, ist sie bereit, viel weiter zu gehen. Wir schlagen vor, alle Nuklearrüstungen quantitativ und qualitativ einzufrieren, das heißt quantitative Aufstockung aller Komponente der Nukleararsenale zu beenden und die Nuklearrüstungen neuer Arten und Typen nicht aufzustellen, ein Moratorium sowohl auf Durchführung aller Tests der nuklearen Munition als auch auf die Tests neuer Arten und Typen des Transports der Nuklearwaffen einzuführen. Nach wie vor in Kraft bleibt auch unser Vorschlag, Europa von Nuklearwaffen sowohl mittlerer Reichweite als auch von den taktischen zu befreien.



Das sind nicht bloß wohlmeinende Wünsche. Wir sind dafür, dieses Programm unverzüglich in die Sprache der vertraglichen Verpflichtungen umzusetzen und es anschließend schrittweise in vollem Umfang zu verwirklichen. Den Grundstein können die UdSSR und die USA legen, im Hinblick darauf, daß auch andere Nuklearmächte auf ähnliche Weise handeln werden.

Was die sowjetischen SS-20-Raketen anbetrifft, so ist die Sowjetunion bereit, nach Reduzierungen in Europa genau so viel Raketen mittlerer Reichweite zu behalten, wie sie bei England und Frankreich vorhanden sind.

Vor kurzem haben wir einen neuen bedeutenden Schritt im Interesse der Herbeiführung einer Vereinbarung gemacht, indem wir darauf eingingen, alle im europäischen Teil des Landes zu reduzierenden Raketen zu liquidieren, selbstverständlich, wenn eine gegenseitig annehmbare Übereinkunft über das Problem der nuklearen Rüstungen in Europa insgesamt erzielt wird, einschließlich des Verzichts der USA auf Aufstellung ihrer neuen Raketen, sowie einer entsprechenden Reduzierung der Flugzeugmittel mittlerer Reichweite. Dieser Schritt unseres guten Willens bedeutet, daß wir auf eine Verlegung der zu reduzierenden Mittelstreckenraketen aus dem europäischen in den asiatischen Teil der UdSSR verzichten würden. Dadurch würde die auch in der Bundesrepublik Deutschland geäußerte Befürchtung wegfallen, diese Raketen könnten angeblich zu jeder Zeit auf ihre ursprünglichen Positionen zurückgebracht werden.

Somit ist die UdSSR dafür, die nuklearen Arsenale der Mittelstreckenmittel in Europa einschneidend, auf ein Drittel zu reduzieren und künftig keine neuen Typen dieser Rüstungen hier zu stationieren. Dabei beansprucht sie keine Raketen, kein Flugzeug mehr, als sie die NATO behalten würde. Sie ist mit großen physischen Reduzierungen ihrer Rüstungen einverstanden. Was ist, so fragt man sich, für eine ehrliche und gerechte Vereinbarung noch nötig? Wollen denn die USA und die anderen NATO-Länder überhaupt noch eine Vereinbarung?

Anfang der siebziger Jahre standen die UdSSR und die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam an der Wiege der Entspannung. Die Völker unserer Länder kennen die Schrecken des Krieges und den Wert des Friedens. Sie sind entschieden gegen die Rückfälle in den "kalten Krieg", sie können nicht gleichgültig zusehen, wie die Versuche unternommen werden, für die für Europa fremden Interessen alles Positive zu durchkreuzen, was von Staaten des Ostens und des Westens Europas zugunsten der friedlichen Zukunft unseres Kontinents durch gemeinsame Anstrengungen geschaffen wurde.

Charakteristisch in dieser Hinsicht ist auch die Tatsache, daß, wie in Ihrem Brief steht, 72 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland gegen die Stationierung von neuen amerikanischen Raketen, für die Fortsetzung der Verhandlungen und eine Vereinbarung in Genf eintreten. Sie wollen nicht, daß vom Territorium Ihres Landes die Gefahr eines Krieges ausgeht, der zur Hölle für die ganze Menschheit werden würde. Auch wir wollen das nicht. Man muß alles tun, damit das nicht geschieht. Das steht in unseren Kräften, im Interesse unserer und aller europäischen Völker.

Ich bringe die Hoffnung zum Ausdruck, daß Abgeordnete des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland als oberstes Organ der Staatsmacht des Landes in tiefem Bewußtsein der ihnen obliegenden Pflicht und Verantwortung handeln werden. Es gibt noch die Möglichkeit, die Welt vom Abrutschen in eine neue Runde des Wettrüstens abzuhalten.

Mit dem Ausdruck der Hochachtung

J. Andropow

(-/21.9.1983/ks/rs)

+ + +

